

Antworten auf die Wahlprüfsteine vom BUND Rheinland-Pfalz e.V. anlässlich der Europawahl 2019

Was tun Sie für die Fortführung partnerschaftlicher Völkerverständigung, für die Wahrung und Weiterentwicklung demokratischer Rechte der Bevölkerung, für eine mitgestaltende Teilhabe der Zivilgesellschaft und für die Transparenz von Entscheidungen in Europa und gegen nationalistische Abgrenzung, Machtpolitik, Entsolidarisierung und Rassismus?

Wir wollen die Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union noch demokratischer machen, das Europäische Parlament stärken und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Menschen verbessern. Dazu gehört auch, die Meinung der Zivilgesellschaft zu hören. Deshalb sollte die Europäische Bürgerinitiative (EBI) als Instrument zur Teilhabe gestärkt, ausgebaut und entbürokratisiert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die direkte politische Beteiligung von Kommunen und Regionen gestärkt wird. Sie müssen regelmäßig in Konsultationen, Anhörungen und Feedbacks in Gesetzgebungsverfahren sowie beim Design von Förderprogrammen, die sie betreffen, einbezogen werden. So können sie ihre Expertise eigenständig einbringen.

Was tun Sie für die Einhaltung der überlebensnotwendigen 1,5-Grad-Grenze nach dem völkerrechtlich verbindlichen Pariser Klimaabkommen und gegen weitere Verzögerungen wirksamer Klimaschutzmaßnahmen?

Wir setzen uns für eine deutliche Erhöhung der EU-Klimaziele für 2030 ein und streiten für eine langfristige Strategie, die die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels ermöglicht.

Was tun Sie für Kohleausstieg, Energiewende und Dekarbonisierung aller Wirtschaftssektoren und gegen ungezügelter Wirtschaftswachstum?

Wir setzen uns für einen schnellen Umstieg auf nachhaltige erneuerbare Energien ein. Insbesondere im Stromsektor kann dieser Umstieg schnell geschehen. Doch auch in allen anderen Wirtschaftsbereichen müssen wir den Ausstoß von Klimagasen weitestgehend beenden. Wir müssen Energie und andere Ressourcen sparsam und effizient nutzen.

Was tun Sie für einen raschen Umstieg des verbrennungsmotor-getriebenen Luft-, Güter- und Individualverkehrs auf einen attraktiven, bezahlbaren Umweltverbund, CO2-freie Antriebe und Verkehrsvermeidung?

Wir setzen uns für strikte CO2-Vorgaben für PKW und Nutzfahrzeuge ein, um das Klima zu schützen und den Umstieg auf saubere Technologien voranzubringen. Wir brauchen eine Mobilitätswende, die den Lastverkehr auf die Schiene verlagert, den motorisierten Individualverkehr reduziert und öffentlichen Nah- und Fernverkehr sowie Fahrrad und Fußwege attraktiver macht.

Was tun Sie für ambitionierte Emissionsgrenzwerte, die dem Klima- und Gesundheitsschutz verpflichtet sind und gegenkonzernfreundliche Ausnahmeregelungen und Verletzung europäischer Umweltrechtsnormen?

In unseren Vorschlägen für Emissionsgrenzwerte orientieren wir uns an wissenschaftlichen Erkenntnissen – sei es an klimawissenschaftlichen Vorgaben zur Erreichung der Pariser Klimaziele für CO2-Grenzwerte oder an den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation,

wenn es um Feinstaub und Stickoxidemissionen geht. Wir lehnen eine großzügige Interpretation der Grenzwertfestlegung ab, die den Herstellern dramatische Abweichungen von NOx-Vorgaben im Normalbetrieb gestattet.

Was tun Sie für die Stärkung der gemeinnützigen Umwelt- und Naturschutzverbände und gegen den Abbau ihrer Mitwirkungs- und Klagerechte?

Für Umwelt- und Tierschutzverbände wollen wir ein volles Verbandsklagerecht schaffen, mit den Verstößen gegen Umwelt- und Tierschutzgesetze geahndet werden können. Nur so kann der Umwelt- und Tierschutz gegenüber kurzfristigen Industrieinteressen gestärkt werden. Hierzu wollen wir den Anwendungsbereich des Vorschlags der EU-Kommission über eine Verbandsklage im Verbraucher*innenrecht entsprechend ausweiten. Wir wollen die Entscheidungsprozesse demokratisieren, indem wir die Bürger*innenbeteiligung stärken und Lobbyismus regulieren. Es ist nicht die Aufgabe von Parteien, über die Gemeinnützigkeit von Verein zu urteilen! Jüngste Beispiele, wie den Angriff auf die Deutsche Umwelthilfe, wollen wir abwehren. Wir brauchen endlich sichere gesetzliche Rahmenbedingungen für das politische Engagement von gemeinnützigen Organisationen.

Was tun für den tatsächlichen Schutz der gemeldeten Natura 2000-Gebiete, für die Stärkung des europäischen Biotopverbunds (Aufbau einer grünen Infrastruktur) und gegen die fortschreitende Ausräumung und Versiegelung unserer Landschaft?

Wir wollen eine artenreiche und intakte Natur erhalten und dort wiederherstellen, wo sie bereits Schaden genommen hat. Das bedeutet auch, dass wir Natura-2000-Gebiete verteidigen, verbessern und Schutzgebiete womöglich vergrößern. Wir wollen, dass Großschutzgebiete besser geschützt und entwickelt werden. Dazu gehören insbesondere Nationalparks, Biosphärenreservate und auch Naturparks.

Es ist höchste Zeit, eine Agrar- und Ernährungspolitik zu entwickeln, die die Landwirtschaft in der EU zukunftsfähig macht. Durch intensive Landwirtschaft und Monokulturen gehen noch immer europaweit fruchtbare Böden verloren, das Artensterben geht ungebrems weiter, der Pestizideinsatz ist ungemindert hoch und industrielle Tierhaltung degradiert Tiere zu Rohstoffen. Es ist höchste Zeit, eine Agrar- und Ernährungspolitik zu entwickeln, die die Landwirtschaft in der EU zukunftsfähig macht. Der Schutz von Klima, Boden, Wasser, Artenvielfalt und Tieren steht im Mittelpunkt dieser neuen Landwirtschaftspolitik.

Was tun Sie für eine Sicherung und zeitnahe Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie?

Wir streiten für eine konsequente Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie und wehren uns gegen eine Aufweichung. Viele Gewässer, Fluss- und Seelandschaften in Deutschland sind in einem schlechten Zustand. Das ist schockierend und zeigt, wie dringend jetzt gehandelt werden muss. Doch die Bundesregierung versagt seit Jahren, obwohl sie dazu verpflichtet ist. Die Bundesregierung muss die Wasserrahmenrichtlinie endlich konsequent umsetzen und entschlossen handeln, ansonsten nimmt sie sehenden Auges die weitere Zerstörung der Natur und ein weiteres EU-Vertragsverletzungsverfahren mit Millionenzahlungen in Kauf.

Was tun Sie für eine ökologische und sozial gerechte Agrarpolitik, in der pauschale Flächenprämien ersetzt werden durch das Prinzip „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“?

Nur mit dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“ lassen sich die hohen Agrarzahungen im EU-Haushalt noch rechtfertigen. Wir GRÜNE streiten für eine neue

Gemeinsame Agrarpolitik in Europa. Öffentliche Mittel müssen für eine echte Transformation hin zu einer für Mensch, Natur und Umwelt nachhaltigen Landwirtschaft verwendet werden. Der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft, eine natur- und artgerechte Landwirtschaft wie auch eine artgerechte und flächengebundene Tierhaltung werden dann gezielt unterstützt.

Was tun Sie für die Förderung von Projekten mit konsequent nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsformen und für die Berücksichtigung des Suffizienz-Prinzips („Gutes Leben für alle“) in der Politik?

Wir müssen endlich die strukturellen Ursachen der Zerstörung von Lebensgrundlagen konsequent angehen und globale Ungleichheit reduzieren. Die europäische Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Agrar- oder Rüstungsexportpolitik darf nicht nur an ihrem Nutzen für unsere Gesellschaften gemessen werden und auch nicht länger Nachhaltigkeitsziele wie Frieden, Menschenrechte und globale Gerechtigkeit konterkarieren. Wir stehen für eine Handelspolitik, die fair, ökologisch und gerecht gestaltet ist und Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen die Entwicklung der Wirtschaft in den Partnerländern fördern, anstatt sie auszubeuten, und wollen wirkungsvoll gegen den Landraub internationaler Konzerne vorgehen. Wir unterstützen die globale Energiewende sowie die ärmsten Staaten beim Klimaschutz und bei der Anpassung an Klimaveränderungen. Wir treten für eine ökologische Agrarwende und ökologisch gerechte Fischereiverträge ein. Außerdem gehören europäische Billigexporte in Entwicklungs- und Schwellenländer gestoppt, genauso wie Rüstungs- und Waffenexporte in Kriegs- und Krisengebiete und die Ausfuhr europäischer Überwachungstechnologie an Diktaturen. Wir werden weiter für die Bekämpfung von Kapitalflucht und Steuervermeidung aus Entwicklungs- und Schwellenländern streiten.

Was tun Sie für die Einhaltung der Menschenrechte und ökologischer Standards entlang der Lieferkette eines Produkts und wie unterstützen Sie einen ökologischen und sozialen verantwortlichen Einkauf durch öffentliche Einrichtungen?

Viele EU-Mitgliedstaaten und die EU-Kommission setzen auf freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft. Das reicht aber nicht! Wir wollen Unternehmen auf EU-Ebene zu mehr sozialer und ökologischer Verantwortung und Transparenz in ihren Lieferketten verpflichten. Das öffentliche Beschaffungswesen wollen wir an verbindliche ökologische und soziale Kriterien knüpfen. Im EU-Parlament haben wir GRÜNE erstritten, dass keine Einweg-Plastikflaschen mehr eingekauft werden.

Was tun Sie für Verbraucher*innen-Interessen, Arbeitsrechtstandards, Umwelt- und Klimaschutz bei weiteren Verhandlungen über Freihandelsabkommen sowie eine gerechte Besteuerung transnationaler Konzerne und gegen Profitinteressen und Investorenklagerechte?

Freihandelsabkommen dürfen nicht zulasten Dritter gehen und müssen Umwelt- und Klimaschutz, Menschenrechte, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit voranbringen. Dazu gehört grundsätzlich eine Neuausrichtung der Welthandelsorganisation weg von reiner Handelsliberalisierung hin zu einem Fokus auf fairen Handel. Zentral ist für uns GRÜNE, Handel und Klima in Einklang zu bringen. Denn eine Vorreiterrolle im Klimaschutz darf nicht zu Nachteilen im internationalen Wettbewerb führen. Im Gegenteil wollen wir erreichen, dass sich ein ambitionierter Klimaschutz auch ökonomisch rechnet. Dies kann zum Beispiel über eine zu entwickelnde (WTO- und entwicklungskonforme) Klimaabgabe auf schmutzige Importe erfolgen. Wir wollen die ILO-Kernarbeitsnormen in Handelsabkommen fest verankern und ihre Einklagbarkeit sichern. Wir lehnen einseitige Gerichte und Sonderklagerechte für private Investoren ab. Wir setzen uns statt Sonderschiedsgerichte für einen ständigen internationalen Handelsgerichtshof ein, vor dem nicht

nur Unternehmen klagen können, sondern auch Betroffene gegen die Verletzung menschenrechtlicher, sozialer und umweltrelevanter Verpflichtungen durch transnationale Unternehmen. Wir streiten weiter entschlossen für die Bekämpfung von Kapitalflucht und Steuervermeidung.